

---

Lünen, den 23. März 2021

An die  
Vorsitzende des Ausschusses für  
Umwelt, Klima, und Mobilität  
Frau Tessa Schächter

### **Prüfauftrag Radstation am Verkehrshof Brambauer**

Sehr geehrte Frau Schächter,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Prüfauftrag i.S. Radstation Brambauer auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung bzw. Erörterungskonferenz am 15.04.2021 zu nehmen:

#### **Antrag:**

Der Ausschuss beschließt folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, unter welchen Bedingungen eine Wiederaufnahme des Betriebes der Radstation am Verkehrshof Brambauer möglich ist. Vorgespräche mit möglichen Betreibern und beteiligten Dritten (zum Beispiel Jobcenter) sind ergebnisorientiert zu führen. Das Ergebnis des Prüfauftrags ist spätestens in der ersten Sitzung nach der Sommerpause (31.08.2021) vorzustellen.

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Fördermitteln ist zu prüfen.

#### **Begründung:**

Der Rat der Stadt Lünen hat am 11.07.2019 den Klimanotstand ausgerufen. Dies bringt die Verpflichtung mit sich, Projekte und Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Der Verkehrssektor ist, je nach Berechnung, für ca. 20 bis 38 Prozent der CO<sup>2</sup>-Emissionen verantwortlich. Die Verkehrswende muss Realität werden. Der Verkehrshof soll perspektivisch intermodaler Verknüpfungspunkt werden.

Gleichzeitig liegt Lünen beim Fahrradklima-Test des ADFC nur auf Platz 56 von 110 mittelgroßen Städten. Die Radfahrenden in Lünen bewerten ihre Stadt gerade einmal mit einer 4,0 (Schulnote). Die Abstellanlagen liegen mit einer Bewertung von 3,5 nur

unwesentlich über dem Durchschnittswert. Sicherheit ist für die Radfahrenden aber ein wichtiger Aspekt.

Laut Aussage der DasDies GmbH hatte Betrieb der Radstation unter anderem dadurch eingestellt werden müssen, dass für technische Veränderungen eine Summe von 40.000 Euro hätte investiert werden müssen. Der Sprecher der Stadt, Herr Spangardt, teilt mit, dass die Stadt eine Landesförderung von 442.000 Euro zur Stärkung des Stadtteilzentrums eingeworben hat. Daher sollte eine Finanzierung der Investitionen über diese Förderung geprüft werden.

Die Personalkosten der Radstation konnten seinerzeit nicht gedeckt werden. Möglicherweise ist diese Situation heute, mit dem kontinuierlichen Trend zu mehr und teureren Rädern, anders.

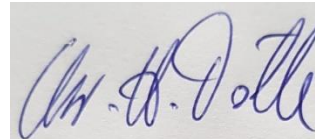
Gegebenenfalls kann das Geschäftsfeld für einen Betreiber auch erweitert werden, zum Beispiel durch Vermietung von Fahrrädern und Elektro-Kleinfahrzeugen oder durch die Betrauung mit dem Betrieb einer öffentlichen Toilette. Möglicherweise können auch Bürgerarbeiter dafür gewonnen werden oder ein anderes arbeitsmarktpolitisches Instrument genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Rüdiger Billeb

Vorsitzender der SPD-Fraktion



Christoph Tölle

Vorsitzender der CDU-Fraktion